

# Bundesrätlicher Zickzack-Kurs

Autor(en): **Braunwalder, Armin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1998)**

Heft 4: **WKK statt AKW : Effizienz gegen Verschwendung**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586721>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

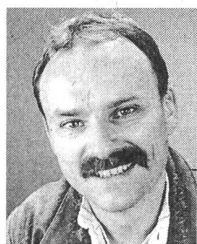


Geordneter Rückzug aus der Atomenergie, wie ihn der Bundesrat versteht: Das Atomkraftwerk Leibstadt darf seine Leistung und das Risiko steigern!

Bild: Aernschd Born

## Bundesrätlicher Zickzack-Kurs

Die Klausurtagung des Bundesrates von Ende Oktober zur Energiepolitik geriet zur bühnenreifen Posse: Aus dem medienwirksam verkündeten "geordneten Rückzug aus der Kernenergie" wurde tags darauf "der geordnete Rückzug aus den bestehenden Kernanlagen". Trotz bundesrätlichem Rückzug vom Rückzug steht eines fest: Das Ende der Atomenergie ist absehbar. Dafür werden die von der SES mitgetragenen Initiativen "Strom ohne Atom" und "MoratoriumPlus" sorgen.



Von Armin Braunwalder, SES-Geschäftsleiter

Die bundesrätliche Klausurtagung zur zukünftigen Energiepolitik warf ihre Schatten weit voraus. "Die KKW-Sache ist wieder am Dampfen" titelte das Wirtschaftsblatt "Cash" einen Monat zuvor. In einem Interview legte die Berner Energiedirektorin Dori Schaer die Karten offen auf den Tisch: "Klar ist, dass ich den Ausstieg aus der Kernenergie will." Schaer befragt "sehr wohl" die von der

SES mitgetragene Volksinitiative "MoratoriumPlus". Sie führe in der Praxis zu einem "geordneten Ausstieg", ist die Berner Energiedirektorin überzeugt. Und: "Ihre Annahme würde die Förderung von Alternativen gehörig anheizen." Auch die zweite Initiative, "Strom ohne Atom", bringe den geordneten Rückzug, "aber viel schneller und strikter".

Am 18. Oktober, eine Woche vor der bundesrätlichen Klausurtagung, schaltete sich nach "TagesAnzeiger" und "SonntagsZeitung" auch der "Sonntagsblick" in die Atomdebatte ein und verkündete: "Leuenberger will alle AKWs abschalten". Eine Indiskretion machte Leuenbergers Anträge für die Klausurtagung des Bundesrates öffentlich. Die Hauptpunkte:

- Die Betriebsbewilligungen der bestehenden Atomkraftwerke werden auf 40 Jahre befristet.
- Neue Atomkraftwerke sollen dem fakultativen Referendum unterstellt werden.
- Die vom AKW Leibstadt geforderte Leistungserhöhung soll erst erteilt werden, wenn die Lenkungsabgabe auf nicht-erneuerbare Energieträger eingeführt ist.

Einen Tag vor der Klausurtagung fragte der "TagesAnzeiger": "Platzt Leuenbergers Strom-Deal?" Danach folgte der grosse Showdown. Bundesrat Moritz Leuenberger trat vor die Medien und verkündete den "geordneten Rückzug aus der Kernenergie". Unter diesem Titel stand auch die Medienmitteilung seiner Pressestelle. Die Nachricht verbreitete sich in Windeseile. Die Telefonlinien auf der SES-Geschäftsstelle liefen heiss. Während die SP Schweiz überschwänglich von einem "historischen Entscheid" sprach, fiel die Stellungnahme der SES wesentlich nüchterner aus. Denn die Pressemitteilung aus dem Bundeshaus liess beim besten Willen nur einen Schluss zu: Der Bundesrat ist atompolitisch kurzfristig durchgestartet und drückt sich um

die überfällige Festlegung von Stilllegungsfristen für AKW. Immerhin bekannte sich der Bundesrat zur raschen Einführung einer Energieabgabe und zur ökologischen Steuerreform. Ausserdem soll das Programm "Energie 2000" fortgesetzt werden. Die SES kritisierte den energiepolitisch unklaren Entscheid des Bundesrates mit folgendem Communiqué harsch: "Statt auf die klaren Zukunftsperspektiven von Energieminister Leuenberger einzuschwenken, übt sich die Mehrheit des Bundesrates in einem energiepolitischen Zickzack-Kurs und verstrickt sich dabei in eklatante Widersprüche. Der Bundesrat nimmt einerseits eine markante Erhöhung des atomaren Unfallrisikos in Kauf und anerkennt andererseits die Notwendigkeit von AKW-Stilllegungsfristen. Er drückt sich jedoch um klare zeitliche Aussagen. Das ist ein Zeichen von Führungsschwäche und energiepolitischer Perspektivenlosigkeit. Das Ende der Atomenergie in Europa ist absehbar. Atomkraftwerke sind nicht nur ein enormes Sicherheitsrisiko. Sie produzieren auch viel zu teuren Strom und verursachen - allein

in der Schweiz - ungedeckte Folgekosten in zweistelliger Milliardenhöhe. Energieminister Moritz Leuenberger hat die Zeichen der Zeit erkannt und mit seinen Anträgen dem Bundesrat klare energiepolitische Zukunftsperspektiven aufgezeigt. Eines der zentralen Elemente von Leuenbergers Konzept ist eine verbindliche Stilllegungsfrist für AKW nach einer Betriebsdauer von 40 Jahren.

### **Energiepolitische Lähmung zementiert**

Statt die Eckpfeiler einer zukunftsgerichteten Energiepolitik endlich klar festzumachen und die Weichen für die Energiewende zu stellen, bleibt der Bundesrat in der atomaren Sackgasse stecken. Mit der bewilligten Leistungserhöhung für das AKW Leibstadt und der Betriebszeitverlängerung von 10 Jahren für den Altreaktor Mühleberg nimmt der Bundesrat eine markante Erhöhung des atomaren Unfallrisikos in Kauf. Diesen Entscheid verurteilt die SES scharf. Der Bundesrat zementiert mit seiner Unfähigkeit, einen klaren Richtungsentscheid zu fällen, die Läh-

mung in der schweizerischen Energiepolitik. Er setzt damit leichtfertig eine grosse volkswirtschaftliche und ökologische Chance aufs Spiel: Die Chance nämlich, dass durch den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie in den Bereichen rationelle Energienutzung und erneuerbare Energien Zehntausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen würden." Nach dem unklaren Entscheid des Bundesrates braucht es jetzt den verstärkten politischen Druck durch die Volksinitiativen "Strom ohne Atom" und "MoratoriumPlus". Damit wird in Sachen AKW Klarheit geschaffen und, wie es die Berner Energiedirektorin Dori Schaer formuliert, der "geordnete Rückzug aus der Kernenergie" Realität. □

### **Geordneter Rückzug in 3 Schritten**

1. In jeder Heizung kann Strom produziert werden. Anstelle eines Heizkessels steht dann ein gleichgrosses Aggregat im Keller, das Strom und Wärme produziert. Die Technik heisst Wärme-Kraft-Kopplung und das Aggregat heisst Blockheizkraftwerk (BHKW). Schon mehr als tausend solcher Anlagen liefern heute Strom ins Netz. Weitere 750'000 alte Heizanlagen können bei Ersatz durch Strom- und Wärmeproduktion ersetzt werden. Das Gesamtpotential würde den Atomstrom 2-3fach ersetzen.
2. Auf der Verbraucherseite gibt es Sparmöglichkeiten bei Licht und Elektroheizungen: Energiesparlampen und effiziente Leuchten bieten das gleiche Licht mit einem kleinen Teil Strom (20 %). Licht aus Energiesparlampen ist schon heute billiger als dasjenige aus Glüh- und Halogenlampen.
3. Der Stromverbrauch der 250'000 Elektroheizungen lässt sich halbieren, wenn die Häuser isoliert werden oder wenn das Heizsystem durch eine Wärmepumpe, eine Holzheizung oder ein anderes System ersetzt wird. Für Gewerbebetriebe bringt diese neue Energiepolitik interessante Aufträge.

### **Die Meinung der NZZ: Altreaktoren "ersatzlos stilllegen"**

Die Aussage des AKW-Beznau-Vertreters in der TV-Unterhaltungssendung "Arena" war in seiner Dramatik perfekt zugespitzt: "Wenn das AKW Beznau stillgelegt würde, könnte diese Sendung nicht stattfinden", behauptete er. "Wenn die Geschichte nicht stimmt, so ist sie wenigstens gut erfunden", pflegt man in Italien zu sagen. Und das trifft für die Aussage zum AKW Beznau ganz besonders zu. Eine Woche vor der Arena-Sendung legte die NZZ dar, dass die Tage der drei Altreaktoren Mühleberg und Beznau I+II im geöffneten Strommarkt gezählt sind. "Nach allem, was bekannt ist, dürften einige Kernkraftwerke in diesem Wettbewerb einen schweren Stand haben", prognostiziert die NZZ. Die AKW Mühleberg und Beznau seien viel zu klein, um wirtschaftlich betrieben zu werden. Die Schweiz produziere wesentlich mehr Strom, als sie verbrauche.

Seit 1980 mache der Überschuss im Mittel etwa 30 Prozent des in AKW erzeugten Stroms aus. Die NZZ kommt zum folgenden klaren Fazit: "Angesichts der hiesigen Überkapazitäten könnten Mühleberg oder die beiden Reaktoren in Beznau heute ersatzlos stillgelegt werden. Der Bau neuer Kraftwerke oder vermehrte Stromimporte wären wegen der einheimischen Überkapazitäten unnötig."

### **Bevölkerung für die Sonnenenergie und gegen AKWs**

Die Meinung der NZZ wird offenbar auch von einer Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Aus einer Umfrage des Marktforschungsinstituts Isopublic geht hervor, dass 44 Prozent der SchweizerInnen für einen Ausstieg aus der Atomenergie in zehn Jahren sind. Nur 36,9 Prozent sprachen sich dagegen aus.